
Luise Amtsberg

Bewerbung um Platz 1 der schleswig-holsteinischen Landesliste zur Bundestagswahl 2017



Biografisches:

1984 geboren in Greifswald – Studium der Islamwissenschaft, Politik und Theologie an der Uni Kiel – Vorsitzende des Allgemeinen Studierendenausschuss der Uni Kiel – Praktikantin in der Grünen Landesgeschäftsstelle – Sprecherin des Kieler Kreisverbandes – Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Europa-, Friedens- und Außenpolitik – Abgeordnete des Landtages Schleswig-Holstein – Abgeordnete des Deutschen Bundestages – Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion für Flüchtlingspolitik – Mitglied im Innenausschuss, Petitionsausschuss und im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Welt ist in Bewegung. Im Zentrum dieses Jahres wird die Frage stehen, in welche Richtung unsere Gesellschaft steuert und ob die europäischen Mitgliedsstaaten zurückfinden zu echter Solidarität. Dieses Jahr wird aber auch darüber entscheiden, wie stark der Einfluss derer wird, die mit Angst und Wut und abseits aller Fakten Politik machen. Für uns steht viel auf dem Spiel. Allen voran das friedliche Zusammenleben in einer offenen und solidarischen Gesellschaft, in der die Rechte von Minderheiten geschützt und Freiheitsrechte verteidigt werden. Ich glaube, wir Grüne waren noch nie so wichtig für eine politische Auseinandersetzung, wie in diesen Tagen. Ich möchte mich mit Kraft und Leidenschaft für unsere Werte und unsere Ziele einsetzen. Dafür trete ich mit einem klaren menschenrechtlichen Profil an, für eine Politik, die sich aufrecht gegen den Populismus wendet und Haltung zeigt.

Menschen, die politisch verfolgt sind, Asyl zu gewähren, ist eine Frage der Humanität. In Deutschland ist dieser Grundsatz historisch gewachsen und hat Verfassungsrang. Besonders die vergangenen zwei Jahre aber waren für die deutsche Asylpolitik eine Zäsur. Als Reaktion auf steigende Flüchtlingszahlen hat die Große Koalition eine Reihe von Asylverschärfungen vorgenommen, die in erster Linie die Rechte von Geflüchteten beschneiden, Integration verhindern und flüchtlingsfeindliche Ressentiments befördern. Mit der Beschränkung des Familiennachzuges hat sie deutlich gezeigt, wie sie es mit den Grundrechten hält: Der Schutz der Familie gilt nicht fundamental sondern nur für deutsche Familien.

Eine Politik, die Verantwortung dafür trägt, dass Kinder dauerhaft von ihren Eltern getrennt werden, lehne ich zutiefst ab. Ein Grundrecht behauptet sich dort, wo es in Anspruch genommen wird. Statt es auszuhöhlen, muss es besser und fit gemacht werden für die anstehenden Herausforderungen.

Dass Innen- und Außenpolitik unmittelbar miteinander verbunden sind, zeigt sich mehr denn je. Diese Erkenntnis ist gut und richtig. Die Bundesregierung aber betreibt ein gefährliches Spiel wenn sie Außenpolitik mit innenpolitischen Erwägungen betreibt. Deutlich zu sehen ist das in der europäischen Flüchtlingspolitik. Um die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland so gering wie möglich zu halten, ist ihr nahezu jedes Mittel Recht. Geschwiegen wird über die dramatischen Zustände auf der Westbalkanroute, wo tausende von Schutzsuchenden in diesen Tagen wegen mangelnder Versorgung akut von Kälte bedroht sind. Um die Vereinbarung mit der Türkei nicht zu gefährden, wird geschwiegen zu der massiven Unterdrückung und Freiheitsberaubung hundertausender Türkinnen und Türken. Geschwiegen wird auch zu den dramatischen Bedingungen auf den griechischen Inseln, wo Menschen in Lagern inhaftiert und ohne jede Perspektive ausharren müssen. Um leichter nach Afghanistan abschieben zu können, baut sich der Bundesinnenminister seine eigene afghanische Wirklichkeit. Er spricht von sicheren Gebieten - benennen kann er diese aber nicht. Ein menschenrechtliches Armutszeugnis.

Ich bin der festen Überzeugung, dass Flüchtlingspolitik mehr ist, als nur die Bearbeitung von Asylanträgen - es geht vor Allem um die Bekämpfung der Fluchtursachen und diese sind vielfältig. Dieser Anspruch verlangt ein Umdenken in der Rüstungsexportpolitik aber auch in der Klima- und Handelspolitik. Eine egoistische und aggressive Export- und Agrarpolitik macht lokale Märkte kaputt, die Klimakrise zerstört Lebensgrundlagen und verschärft Konflikte. All diese Probleme lassen sich nicht mit höheren Zäunen lösen, sondern erfordert große humanitäre und politische Anstrengungen der Weltgemeinschaft in nahezu allen Politikfeldern.

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich bitte Euch um das Vertrauen für eine erneute Kandidatur für den Bundestag. Ich möchte mit Euch für ein starkes grünes Ergebnis kämpfen denn es braucht neue Mehrheiten in unserem Parlament. Mit mir bekommt Ihr eine leidenschaftliche Kämpferin für Menschenrechte, einer klaren Haltung aber auch eine Politikerin, die weiß, dass es in einer Demokratie des Kompromisses bedarf, um den eigenen Zielen näher zu kommen.

Eure Luise

